

ÖSTERREICHISCHE BauernPost

DIE UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM

Demokratische Lebensmittelpolitik - wir schaffen ein gutes Leben für alle!

2018 sprachen PolitikerInnen noch von einer Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik. Was seither passiert ist, kann nur als völlige Trendumkehr beschrieben werden. Die Grundlage für diesen Wandel war die Erkenntnis, dass es bei der Landwirtschaft um weit mehr als nur Agrarpolitik geht und diese nicht alleinige Aufgabe der Landwirtschaftsministerien sein sollte. Das kann als historischer Wendepunkt gesehen werden: Statt ein Wachsen oder Weichen durch Flächenförderung weiter voranzutreiben, steht heute eine Förderung der Vielfalt, der Kooperationen und der biologischen Landwirtschaft, die unser Klima schützt, im Zentrum. Dadurch wird der Bedeutung einer kleinstrukturierten Landwirtschaft, die in demokratische Prozesse und regionale Kreisläufe eingebunden ist, Rechnung getragen.



Demokratische Lebensmittelpolitik bedeutet regionale Kreisläufe, Vielfalt, Kooperationen und eine kleinstrukturierte biologische Landwirtschaft.

Foto: ÖBV

Essen wurde stattdessen nun als wichtiges menschliches Bedürfnis begriffen, das in viele Lebensbereiche hineinwirkt: von den Arbeitsbedingungen bis zur Bildung und Wissensproduktion, von der Handelspolitik bis zum Wasser, von unserer Gesundheit bis zur sozialen Teilhabe – Lebensmittelproduktion hat in all diesen Bereichen eine große Bedeutung. Das macht den entscheidenden Unterschied.

Der Schlüssel zur Trendumkehr war das neue Verständnis von Demokratie. Wurde Demokratie zuvor als formale Gleichheit gesehen, in der jede/r seine/ihre Stimme abgibt, so hat sich erst vor wenigen Jahren unser neues Verständnis einer umfassenden Demokratisierung durchgesetzt. Diese nimmt auch die ökonomischen Voraussetzungen von Menschen in den Blick und ermöglicht Mitbestimmung in verschiedenen Lebensbereichen. Mitentscheiden, wie unser Essen hergestellt wird, erscheint uns heute selbstverständlich. Kartell-, Korruptions- und Lebensmittelskandale zeigten deutlich, dass das alte System des 20. Jahrhunderts keine Grundlage für die Zukunft bieten konnte.

Es war klar, die Menschen hatten es satt. Eine Agrarpolitik auf dem Rücken der Bäuerinnen und Bauern, gegen die Interessen der KonsumentInnen, auf Kosten der Umwelt, der Biodiversität und des fruchtbaren Bodens – eine solche Agrarpolitik musste gestoppt werden.

Die notwendige Agrarwende wurde bereits 2016 von einigen mutigen VordenkerInnen eingeläutet. Schon bald wurde klar, dass die EntscheidungsträgerInnen in Europa die notwendigen Weichenstellungen nicht vornehmen würden, zumindest nicht ohne immensen Druck von unten. Neben den tausenden Initiativen wie Foodcoops, Projekten solidarischer Landwirtschaft, demokratischen Supermärkten, Ernährungsräten und Werkstätten für angepasste Technologie waren es auch die großen Protestbewegungen gegen die neoliberale Handelspolitik, gegen soziale Ausgrenzung und Ausbeutung von ArbeiterInnen, durch die es gelang, die politischen Verhältnisse zum Tanzen zu bringen. Die konkreten Koop-

rationen von KonsumentInnen mit den Bauern und Bäuerinnen entfalteten eine Vorbildwirkung für andere Wirtschaftsbereiche. Daraus entwickelte sich eine Bewegung, die in der Lage war, die Macht von Konzernen schrittweise zu überwinden.

Umfassende Demokratisierung
Für die Weiterentwicklung von der Gemeinsamen Agrarpolitik hin zur demokratischen Lebensmittelpolitik war die aktive Beteiligung von allen Bäuerinnen und Bauern, von Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften und vor allem auch der KonsumentInnen ausschlaggebend. Wie sonst könnten Entscheidungen getroffen werden, die im Interesse der Allgemeinheit sind?

Kleinbäuerinnen und -bauern erkannten, dass sie innerhalb ihrer vermeintlichen Interessenvertretung instrumentalisiert worden waren. Heute sind Bauernvertretung und Landwirtschaftskammer wie auch politische Parteien frei vom Einfluss großer Konzerne. In den Städten organisieren sich KonsumentInnen in vielfältigen Initiativen, um regionale Ernährungssysteme aufzubauen und zu stärken.

Ernährungsräte ermöglichen es, die Menschen in alle Gesetzesänderungen, die das Ernährungssystem betreffen, einzubeziehen: Handel, Gesundheit, Arbeitsrecht, Energie, Ernährung und Landwirtschaft werden nun gemeinsam betrachtet. Wie ein aktuelles Beispiel zeigt, beflügelte dies auch die Prozesse auf internationaler Ebene: In nur wenigen Tagen sollen auf UN-Ebene der Vertrag zur Regulierung von Konzernen und die Erklärung der Rechte der Kleinbäuerinnen und -bauern unterzeichnet und umgesetzt werden.

KleinbäuerInnen ernähren die Welt

Durch sinnvolle Marktregulierungen konnte dem Höfesterben, insbesondere kleiner Betriebe, erfolgreich entgegengewirkt werden. Ein wichtiger Schritt war die flächendeckende Ökologisierung der kleinstrukturierten Landwirtschaft. Dies wird am Beispiel Österreichs sichtbar, wo der Biolandbau mittlerweile mehr als 60 % ausmacht.

Ausschlaggebend für diesen Zuwachs waren die EU-weiten Verbote von Neonicotinoiden, aber auch von glyphosathaltigen Präparaten. Gerade noch rechtzeitig haben wir erkannt, dass agrarökologische Anbaumethoden wie Fruchtfolge, Mischkulturen und Agro-Forstsysteme die Bodenfruchtbarkeit wesentlich steigern und zu einer Vielfalt der Kulturpflanzen beitragen.

Auf diese Weise kann der Biolandbau mit einem sehr guten Ergebnis aufwarten: Im Vergleich mit konventionellen Methoden können mindestens 80 % des Ertrags erzielt werden, wobei aber nur 50 % der Inputs benötigt werden. Dies schlägt sich in Kostenersparnis und besseren Preisen für die Bauern und Bäuerinnen nieder und unterstützt die Erreichung der Klimaziele wesentlich. Die Förderung von ökologischen Ausgleichsflächen und Blühstreifen trägt zur Bestäubung und natürlichen Regulierung von Schädlingen bei.

Ein genereller Bewusstseinswandel führte schließlich zu einem reduzierten Fleischkonsum und einem Rückgang der industriellen Viehzucht. Viehhaltung wird zunehmend extensiv und kleinbäuerlich betrieben, was sich in der Tiergesundheit und in der Qualität von Fleisch- und Milchpro-

dukten zeigt. Viele wertvolle Ackerflächen, auf denen bisher Tiernahrung in großflächigen Monokulturen angebaut wurde, konnten für regionale Fruchtfolge und Mischkultur gewonnen werden.

Unsere Lebensgrundlagen gemeinsam nutzen und verwalten

Saatgut, Land und Wasser als Gemeingut zu verwalten ist Grundvoraussetzung für die neue Ausrichtung unserer Landwirtschaft und Ernährung. Landkonzentration in den Händen Weniger konnte gestoppt werden und die Umverteilung von Land für NeueinsteigerInnen ist in vollem Gange. Seit der Aufhebung aller Patente auf Leben ist Saatguttausch zu einem regelrechten Hype geworden und auch viele TierhalterInnen treffen sich in regelmäßigen Arbeitskreisen, um gemeinsam neue Zuchtziele festzulegen.

Besonders bemerkenswert ist die rapide Abnahme der Bodenversiegelung, besonders in Österreich. Als vormaliger Bodenversiegelungskaiser kann Österreich nun mit besonders vielen Projekten aufwarten: Straßen werden rückgebaut und Gebäude mehrfach genutzt.

Gute Arbeitsbedingungen für alle

Unter welchen unmenschlichen Bedingungen viele ArbeiterInnen noch vor wenigen Jahren, vor allem im globalen Süden, schuften mussten, können wir uns heute nicht mehr vorstellen. Auf gute Löhne, soziale Sicherheit und Mitbestimmung am Arbeitsplatz will und muss heute niemand mehr verzichten. Das schlägt sich auch in der Förderpolitik nieder, die gute Arbeitsbedingungen statt Flächen und

WIR HABEN ES SATT!

Eine demokratische Lebensmittelpolitik JETZT!

www.wir-haben-es-satt.at
f [WirhabenessattAustria](https://www.facebook.com/WirhabenessattAustria)

Explosionsartige Vermehrung von Nützlingen und Biodiversität

Seitdem die gesamte Landwirtschaft auf biologische Wirtschaftsweise umgestiegen ist, wird immer häufiger von einer starken, ja teilweise sogar explosionsartigen Vermehrung von Nützlingen berichtet. Diese findet man nicht nur auf Randstrukturen und Blühstreifen, sondern bereits flächendeckend über alle Kulturen verstreut. Noch dazu wird es immer schwieriger, große Mengen an Schädlingen zu finden,

seit keine Pestizide mehr zum Einsatz kommen. Geblieben sind kleinstämmige und vereinzelt Vorkommen von Insekten, welche ihrerseits wertvolle Nahrung für andere Lebewesen darstellen. Wohin wird uns diese Entwicklung führen?

Womöglich wird sich wieder ein biologisches Fließgleichgewicht einstellen, wenn weiterhin vielfältigste Kulturen in kleinen Schlägen in

Fruchtfolge mit einer großen Anzahl von Landschaftselementen in der Umgebung kultiviert werden.



Studien zufolge könnte es sein, dass man ein vermehrtes Auftreten von „Schädlingen“ nur noch auf geschwächten Kulturen finden wird.

Ein ebenso rasanter Anstieg ist bei der Biodiversität zu beobachten. In manchen Tälern der Steiermark konnte die Biodiversität von 1 (zeamays) auf 200 (Gräser, Kräuter, Laubbölzer, Obstgehölze, Gemüsekulturen) gesteigert werden. Das entspricht einem Anstieg von 10.000 %. ExpertInnen führen diese Entwicklung darauf zurück, dass sich die österreichische Landwirtschaft seit der Agrarwende 2020 zur Kleinstrukturiertheit bekennt. mz

Der Umstieg auf biologische Landwirtschaft zeigt bereits positive Auswirkungen. Fotos: Gunther Naynar



BürgerInneninitiative führt zu Umdenken im Bildungsbereich

Ausgehend von einer BürgerInneninitiative im Kärntner Jauntal aus dem Jahr 2016 hat ein gravierendes Umdenken im Bildungsbereich in ganz Österreich stattgefunden. Kindergärten, Schulen und regionale Bildungsstätten implementieren nach und nach das Fach „Gesunde Ernährung für ALLE“ in ihren Lehrplänen und setzen damit ein erstes wichtiges Zeichen für eine andere Landwirtschaft, die uns alle gut und ausreichend ernähren kann.

Aber alles der Reihe nach: Begonnen hat es im Frühjahr 2016 mit ei-

ner selbst organisierten Initiative von Bauern und Bäuerinnen im Jauntal in Kärnten. Fünf Bauernfamilien wollten es einfach nicht mehr hinnehmen, dass ihre Kinder und deren FreundInnen in den Kindergärten und Schulen ungesundes und schlecht produziertes Essen aufgetischt bekommen, während zuhause frische, gesunde, biologische Lebensmittel zuhause geerntet und verarbeitet werden. Das Fass zum Überlaufen gebracht hat schließlich eine Schulveranstaltung, bei der einer Mutter (Landwirtin eines Bio-Bauernhofes) unter- sagt wurde, einen selbst gemachten

Gemüsestrudel mitzubringen, aus Angst, die Kinder könnten ihn nicht vertragen. Anstatt dessen wurden industriell erzeugte Lebensmittel an die Kinder verteilt.

Diese Begebenheit brachte die Familien auf die Barrikaden und daraus resultierte eine stimmenstarke Initiative, die es mit ihren UnterstützerInnen auch in den Gemeinderat und nach langen Kämpfen mit ihren Forderungen nun auch in den Nationalrat geschafft hat. ny



Auch im Bildungsbereich beginnt der Prozess des Umdenkens.

Foto: Gunther Naynar



„Tierwohl“ ist nun auch gesetzlich verankert.

Foto: Monika Thuswald

Artgerechte Tierhaltung in Österreich verankert

Der Nationalrat hat in seiner letzten Sitzung ein neues Gesetz zur landwirtschaftlichen Tierhaltung verabschiedet. Nachdem sich die gängigen „Tierwohl“-Gütesiegel und „Tierwohl“-Förderrichtlinien als kontraproduktiv oder reine „Placebo-Effekte“ herausgestellt haben, war der Gesetzgeber in Zugzwang gekommen, um die neue Agrarpolitik in Österreich nicht in Gefahr zu bringen.

Das neue Gesetz gibt vor, dass Nutztiere in Zukunft nur noch artgerecht gehalten werden dürfen. Ziel ist es, einerseits den Tierschutz weiter

auszubauen, andererseits verspricht man sich durch diese artgerechte Haltung der Nutztiere mittelfristig keine Überproduktion mehr.

Die Ministerin für Ernährungssouveränität und Umweltschutz zeigt sich hocherfreut über die einstimmige Annahme ihres Gesetzesentwurfes. Die Ministerin weist daraufhin, dass – nach dem allgemeinen Verbot von Glyphosat – die neue Tierhaltungsverordnung der nächste wichtige Grundstein ist, um eine demokratische Lebensmittelpolitik in Österreich zu verankern. bk



Die Energiewende hat bereits begonnen.

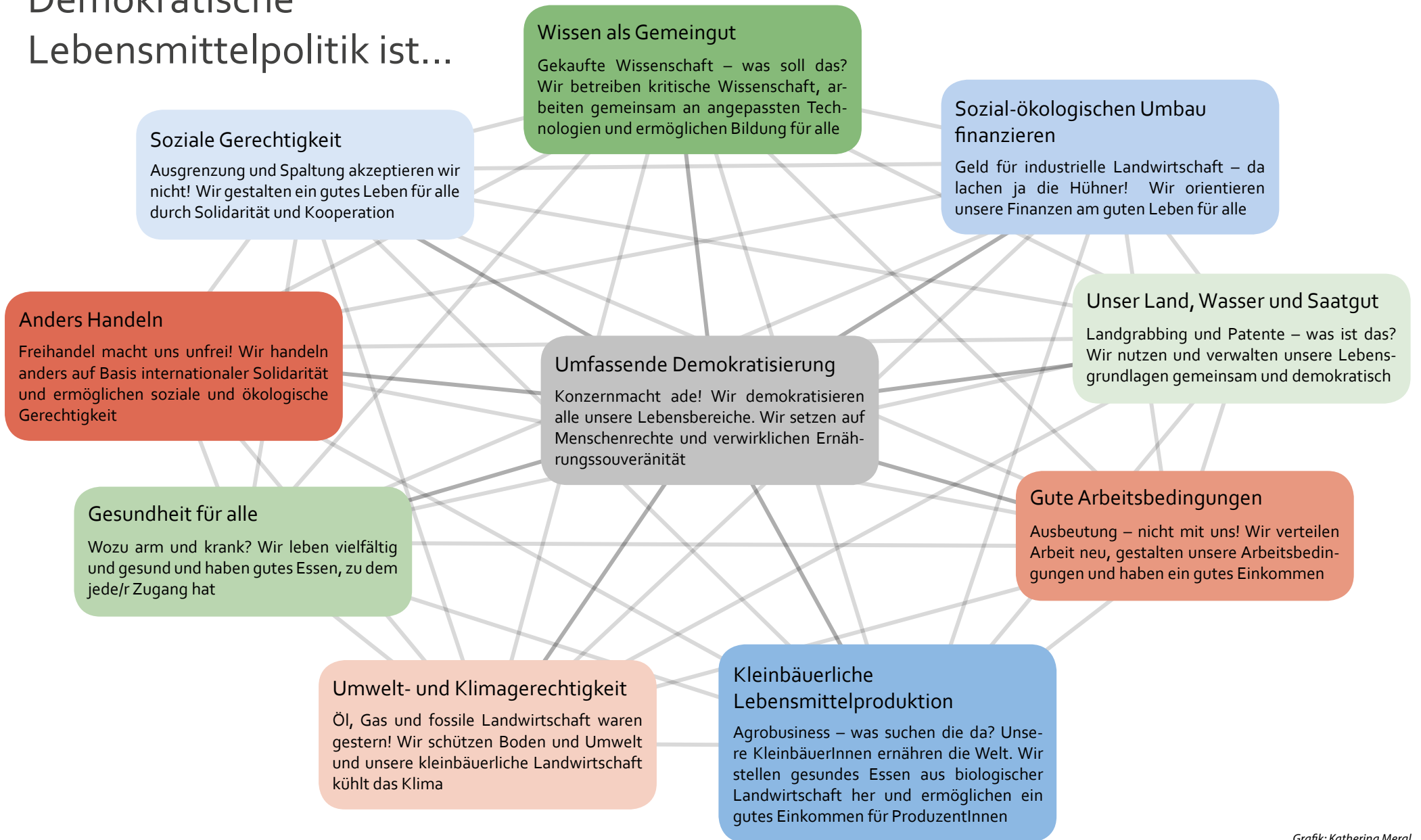
Foto: Monika Thuswald

Schon 50 Gemeinden im Grazer Umland energieautark!

Seit einiger Zeit lässt sich im Zuge der angestrebten und fortschreitenden Energiewende eine Dezentralisierung des Energiesystems beobachten. Finanziell profitieren davon besonders die BewohnerInnen der Gemeinden selbst, da sie direkt am Überschuss beteiligt sind. Zudem fühlen sich die BürgerInnen für die Projekte verantwortlich, weil sie von Anfang an in Planung und Umsetzung eingebunden wurden. Seit in der Gemeinde Autarch das Projekt eines genossenschaftlich finanzierten Windrads erfolgreich umgesetzt wurde, verbreitet sich das Konzept wie ein Lauffeuer im Umland. So berichtet beispielsweise Frau G. aus Autarch, wie sich nun auch das mit dem eigens produzierten Strom betriebene E-Bike-Lastenrad-Verleihsystem als alternatives Transportmittel für die wöchentlichen Lebensmitteleinkäufe etabliert. „Das Radeln geht so leicht, man hält sich fit und kann, während man radelt, quasi zuschauen, wie der

nötige Strom dafür produziert wird“, sagt G. Mit den neu eingerichteten Supermega-Speichern lässt sich der überschüssige Strom nun auch über längere Zeiträume speichern und verwenden. Der Speicher wird auch von den umliegenden Gemeinden Winding, Sonnenau und Volthofen zur Einspeisung des in der jeweiligen Gemeinde produzierten Stroms (in Sonnenau gibt es eine gemeinsame Photovoltaik-Anlage) verwendet. Die gemeinschaftliche Nutzung bringt Vorteile für alle. Mängel und Überschüsse können so untereinander ausgeglichen werden. „Energieverluste durch lange Transportwege sind bei uns längst Geschichte“, berichtet stolz Herr B., Bürgermeister von Volthofen. Die Gemeinden haben Workshops organisiert, von denen sich nun auch die Gemeindeverantwortlichen angrenzender Orte inspiriert fühlen und daher ein ähnliches Projekt bei sich daheim umsetzen wollen. Toll! ej

Demokratische Lebensmittelpolitik ist...



Grafik: Katherina Mergl

Fortsetzung von Seite 1

Produktionsausweitung fördert und die hohe Umwelt- und Arbeitsstandards sowie die Achtung von Menschenrechten zur Fördervoraussetzung macht. Die Erwerbsarbeitszeit auf 20 Stunden pro Woche zu reduzieren, war dabei ein wichtiger Schritt, nur möglich durch eine Neudefinition von Arbeit. Wohlstand bedeutet heute, Zeit zu haben und nicht Konsum über alle Maßen. Wie sonst wäre eine Trendumkehr hin zu Umwelt- und Klimagerechtigkeit möglich gewesen?

Es gelingt nun langsam, die Verteilung und Bewertung von Arbeit auf eine neue Basis zu stellen. Hohe Standards in Bezug auf Arbeits- und Lebensbedingungen sind dabei zentral. Viel wichtiger ist es jedoch, die Arbeit, die bisher unsichtbar, vernachlässigt und unbezahlt war, wie die Sorgearbeit, das Zubereiten von Essen, Haushalt und Pflege weiter aufzuwerten und zu würdigen. Weil sich immer mehr Männer an diesen Tätigkeiten beteiligen, haben Frauen, die bisher einen Großteil dieser Arbeiten leisteten, viel mehr Zeit und Ressourcen für Politik und andere Lebensbereiche zur Verfügung.

Die Steigerung der Lebensqualität ist besonders auch in ländlichen Räumen spürbar. Leistbarer und gut ausgebauter öffentlicher Verkehr, Offenheit gegenüber vielfältigen Lebensformen, soziale Sicherheit und kulturelle Nahversorger führen zu lebendigen ländlichen Räumen. Landflucht war gestern.

Umwelt- und Klimagerechtigkeit

Eine Landwirtschaft und Ernährungsweise populär zu machen, die nicht mehr auf Kosten anderer geht und die die Klimakatastrophe verhindert, hatte uns alle vor eine große Herausforderung gestellt. Ein umfassender Wandel weg von Agrarchemie und fossiler industrieller Landwirtschaft hin zu vielfältigen und lokal angepassten Ernährungssystemen, die auf den Prinzipien der Agrarökologie beruhen, war der einzige Weg geblieben. Es zeigte sich, dass die nachhal-

tige und gerechte Nutzung von Land, Wasser, Energie, Tieren und Saatgut auf dieser Grundlage am besten umsetzbar ist.

Der flächendeckende Einsatz von Pestiziden, chemisch-synthetischem Dünger und Monokulturen hatte große Schäden hinterlassen. Kooperative Forschung von WissenschaftlerInnen gemeinsam mit Bauern und Bäuerinnen erschuf Methoden, um die Schäden auszugleichen. Neueste Forschungen zeigen sogar, dass ein Teil der Biodiversitätsverluste abgefangen werden kann.

In Sachen Klimaschutz kann die Landwirtschaft heute als Vorreiterin bezeichnet werden. Von einer der größten Produzentinnen von Treibhausgasen ist sie durch Humusaufbau zu einem Speicher geworden. Ein unvorstellbarer Erfolg!

Gesundes Essen für alle

Unsere moderne, demokratische Lebensmittelpolitik fördert die Produktion von gesunden Lebensmitteln und Arbeitsbedingungen für uns alle. Sie ist damit auch Gesundheitspolitik. Die negativen Auswirkungen des industriellen Agrar- und Lebensmittelsystems auf unsere Gesundheit hatten sehr hohe Kosten für die Gesellschaft erzeugt. Menschen wurden krank, weil sie in ungesunden Arbeitsbedingungen arbeiteten, weil sie Umweltverschmutzungen ausgesetzt waren oder mit Rückständen belastete Nahrungsmittel aßen. Wie viele Menschen noch vor wenigen Jahren unzureichenden Zugang zu gutem und gesundem Essen hatten oder gar hungern mussten, ist heute kaum mehr zu glauben.

Durch veränderte Arbeitsbedingungen, gute Entlohnung und eine vielfältige und agrarökologische Landwirtschaft, die gutes Essen für alle herstellt, werden gesunde Lebensbedingungen in allen Teilen der Welt gefördert.

Wissen als Gemeingut

Lange Jahre waren Forschung und Wissenschaft über Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Lebens-

mittelpolitik dem Einfluss von Konzernen und ihrer Verbündeten ausgesetzt. Seit der Umsetzung der demokratischen Lebensmittelpolitik haben wir uns darauf verständigt, Forschung und Wissenschaft als öffentliches Gut zu begreifen. PraktikerInnen, engagierte BürgerInnen und WissenschaftlerInnen arbeiten gemeinsam an Forschungsschwerpunkten und -zielen – damit Wissen im Sinne der Allgemeinheit produziert und Lösungen für brennende gesellschaftliche Probleme gefunden werden. Dies hat dazu geführt, dass agrarökologische Systeme auf allen Ebenen weiter entwickelt werden konnten. Alternative Agrar- und Lebensmittelsysteme stehen seit der Agrarwende im Mittelpunkt der agrarökonomischen Forschung. Vor allem aber ist es heute gar nicht mehr vorstellbar, dass wir es WissenschaftlerInnen, die den Interessen der Agrochemiekonzerne dienen wollten, überlassen haben, über gesundheitliche Auswirkungen von Produkten und Technologien zu entscheiden.

Anders Handeln

Die Durchsetzung des alternativen Handelsmandats auf internationaler Ebene ist eine der tragenden Säulen der neuen demokratischen Lebensmittelpolitik. Dringende Maßnahmen wie das Zurückdrängen der Markt- und Machtkonzentration, konnten endlich umgesetzt werden. Konzerninteressen und die liberale Handelspolitik hatten viel zu lange unsere Wende blockiert. Regeln gegen ökonomisches, soziales und ökologisches Dumping konnten im Rahmen der WTO verankert werden. Das Vorsorgeprinzip erlebt in diesen Verträgen eine neue Blüte: Lebensmittelsicherheit für alle und gesunde, ökologisch nachhaltige Lebensmittel, Menschenrechte und gute Einkommen und Arbeitsbedingungen (in der Produktion sowie in den Lieferketten) stehen im Zentrum der neuen Handelsabkommen.

Das weltweite Transportaufkommen konnte durch diese politischen Rahmenbedingungen drastisch reduziert werden, ein sehr positiver und dringend notwendiger Beitrag für den Klimaschutz. Öffentliche Lagerhal-

tung und Beschaffung wurden neu ausgerichtet und Instrumente für eine Mengenregulierung reformiert bzw. wieder eingeführt. Die Mitsprache von BäuerInnen, sozialen Bewegungen, NGOs und Gewerkschaften soll weiterhin weltweit gestärkt werden. Gutes Essen für alle ist heute keine Vision mehr, sondern ein agrar- und handelspolitisches Grundprinzip.

Sozial-ökologischen Umbau fördern und finanzieren

Subventionen für die Nahrungsmittelproduktion kommen heute agrarökologischen und kleinbäuerlichen Strukturen zugute. Öffentliche Güter wie der Hochwasserschutz, der Erhalt von Kulturlandschaften, Biodiversität und sauberes Wasser stehen im Zentrum des Subventionssystems. Die Praxis, die größten Betriebe am meisten zu fördern, gehört der Vergangenheit an. Durch die Stabilisierung des Lebensmittelhandels und die Abschaffung der Direktzahlungen erhalten Bauern und Bäuerinnen nun endlich faire und stabile Einkommen für ihre Produkte.

Dabei gelang es, die Ausgaben zu senken, da die enormen Folgekosten der hoch industrialisierten Landwirtschaft, wie etwa Klimaschäden oder Zivilisationskrankheiten, nicht mehr durch die Allgemeinheit finanziert werden müssen. Die frei gewordenen öffentlichen Gelder stehen heute

zur Verfügung, um regionale Wirtschaftskreisläufe, Hofgründungen, demokratisch organisierte und kritische Forschung und Entwicklungszusammenarbeit zu unterstützen.

Das internationale Abkommen zum Schließen aller Steuersümpfe ist ein besonderer Erfolg des letzten Jahres und bringt zusätzlich Budgetmittel für den sozial-ökologischen Umbau. Die aktuellen Verhandlungen um eine Gesamtkonzernbesteuerung werden dazu führen, dass Steuergeschenke für transnationale Konzerne der Vergangenheit angehören. Die neu eingeführten Ökosteuern auf fossile Brennstoffe wie Diesel und Kerosin sowie auf Düngemittel und Junk Food zeigen bereits starke Wirkung.

Soziale Gerechtigkeit

In der Entwicklung der demokratischen Lebensmittelpolitik wurde deutlich sichtbar, dass es im Kern um soziale Gerechtigkeit und damit verbunden um ökologische Gerechtigkeit geht.

Grundvoraussetzung für eine Demokratisierung aller unserer Lebensbereiche ist es, Ungleichheiten bei Entscheidungsmöglichkeiten und Einkommen zu überwinden. Armut und Ausgrenzung nicht länger als Schicksal zu akzeptieren steht im Zentrum der Maßnahmen für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit. whes



Rechte von ErntehelferInnen gestärkt

Schon lange ist die Situation von ErntehelferInnen Thema in diversen zivilgesellschaftlichen Foren. Nun hat sich endlich auch praktisch dazu etwas getan – und zwar auf mehreren Ebenen. Nach massivem politischen und zivilgesellschaftlichen Druck erklärte sich die Regierung bereit, ein „Gebt ErntehelferInnen ihre Rechte“-Paket zu schnüren, welches sowohl einen verbindlichen Mindestlohn als auch einen Kriterienkatalog für faire Arbeitsbedingungen und dahingehende Kontrollmechanismen vorsieht.

Um auch die Handlungsspielräume der Bauern und Bäuerinnen, die ErntehelferInnen beschäftigen, zu stärken und zu erweitern, wird an einem neuen (Förderungs-) Konzept gefeilt. Die verantwortlichen PolitikerInnen arbeiten in diesem Zusammenhang vor allem mit der ÖBV-Via Campesina Austria und anderen progressiven bäuerlichen Organisationen zusammen.

Auch soll gemeinsam mit ErntehelferInnen und Gewerkschaften ein Umfeld bzw. Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine gewerkschaftliche Organisation (niederschwellig) ermöglichen.

Ein Vorbild in Sachen Rechte von ErntehelferInnen bilden die Bauern und Bäuerinnen der Gemeinde Fairness, welche sich zusammenschlossen, um für die von ihnen angestellten ErntehelferInnen schöne Unterkünfte bereitzustellen und auch für InteressentInnen Deutschkurse anzubieten. Nach Abschluss der Ernte veranstaltete der BäuerInnenzusammenschluss ein gelungenes Erntedankfest, das nicht nur die gute Ernte und die dahinterstehende harte Arbeit in den Vordergrund stellte, sondern auch als Zusammenkunft und Austauschraum für die lokale Dorfgemeinschaft mit den SaisonarbeiterInnen diente. Es war ein rauschendes Fest!

Es hat sich einiges getan – endlich wurden politische und rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen, um gerechte Arbeitsbedingungen für (migrantische) ErntehelferInnen zu schaffen. Und dass auch auf lokaler Ebene Chancen des (interkulturellen) Austauschs wahrgenommen werden, ist ein weiterer Schritt für ein gutes, faires und würdiges (Arbeits-) Leben aller AkteurInnen in diesem landwirtschaftlichen Spektrum. Nachmachen erlaubt! ls



Landgrabbing durch große Konzerne vernichtet unter anderem in Afrika die Existenzgrundlage der einheimischen Bevölkerung.

Landgrabbing: Entschädigung von Vertriebenen

EU setzt Empfehlungen von NGOs um

Die 2017 von FIAN veröffentlichte Untersuchung „Landgrabbing und Menschenrechte“: Die Rolle von EU-Akteuren im Ausland zeigte, dass Akteure aus Europa oftmals an Landgrabbing beteiligt sind und dass die Politik auf die hiermit verbundenen menschenrechtlichen Probleme bislang kaum angemessene Antworten gefunden hatte. Die Fallbeispiele der Studie von Landgrabbing in Sambia, Uganda, Kongo und Mosambik machten deutlich, dass großflächige Agrar-Investitionen menschenrechtlich hochsensibel sind. In vielen Ländern sind 70 bis 80 Prozent der Bevölkerung in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft tätig. Durch den Flächenhunger von Agrarinvestoren verlieren Millionen von Menschen ihre Existenzgrundlage.

Nachdem die Studie im Juli 2017 im EU-Parlament vorgestellt wurde, hat die EU begonnen, die Empfehlungen der NGOs umzusetzen. Als erstes wurde ein Fond für die Opfer von Landgrabbing eingerichtet. So sollen Menschen, die zum Beispiel gewaltsam von ihrem Land vertrieben oder deren Wasser durch Chemikalien anliegender Mega-Projekte verschmutzt wurde, entschädigt werden. Um in Zukunft Menschenrechtsverletzungen zu verhindern, haben die EU-Staaten geschlossen das UN-Abkommen zu Menschenrechten und Konzernen ratifiziert. Die Staaten müssen so alle Investitionen einer verbindlichen Menschenrechtsprüfung unterziehen und können belangt werden, sollten sie das nicht einhalten. lr

Der Fond für die Opfer ist ein erster Schritt zur Aufarbeitung der Probleme im Zusammenhang mit dem Landgrabbing.

Fotos: FIAN



Der neue Kriterienkatalog soll zu mehr Fairness für ErntehelferInnen sorgen.

Foto: Sonia Melo

www.sezonieri.at

Mit Menschenrechten gegen Hunger – weltweit!

FIAN Österreich setzt sich für das Recht auf Nahrung ein. Wir kämpfen für eine Welt ohne Hunger, in der sich alle selbstbestimmt ernähren können.

Möchten auch Sie Menschenrechte stärken?

Unterstützen Sie uns mit einer Spende! www.fian.at/spenden

Machen Sie mit, werden Sie FIAN-Mitglied! www.fian.at/fianista



Wir Bauern müssen zusammenhalten

ÖBV
via campesina austria
Österreichische Berg- und Kleinbäuer_innen Vereinigung

Weder wachsen noch weichen!

www.viacampesina.at
f öbv-viacampesina

% attac

